

Postbeamtenkrankenkasse

Vergabeverfahren U2-04/03/2026

**„Begutachtungstätigkeiten im Rahmen der Hörgeräteversorgung
von Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK)“**

Angebotsaufforderung/Vergabeunterlagen

Postbeamtenkrankenkasse	1
Inhaltsverzeichnis	2
A. Angebotsaufforderung/Rahmenbedingungen des Vergabeverfahrens	3
I. Vergaberechtlicher Rahmen.....	3
1. Vorbemerkungen.....	3
2. Auftraggeberin / Kontaktstelle / E-Vergabe-Plattform	3
3. E-Vergabe-Plattform	3
4. Vergaberechtlicher Rahmen.....	6
5. Vertraulichkeit / Datenschutz.....	6
6. Pflichten bei Nichtabgabe eines Angebots.....	6
7. Anfragen.....	7
8. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen.....	7
9. Eigene Vertragsbedingungen der Bieter.....	8
10. Preise	8
II. Anforderungen an die Angebote.....	9
1. Form und Inhalt der Angebote	9
2. Angebotsfrist	9
3. Folgen bei Nichtvorlage der geforderten Erklärungen und Nachweise	9
4. Vergütung für die Bearbeitung der Angebote	9
5. Nebenangebote	10
6. Bietergemeinschaften	10
7. Unterauftragnehmerleistungen / Eignungsleihe	11
8. Binde- und Zuschlagsfrist	13
III. Angebotswertung und Zuschlagskriterien.....	13
B. Leistungsbeschreibung.....	14
I. Gegenstand und Umfang der Leistungen	14
1. Auftraggeber	14
2. Gegenstand des Auftrags.....	14

A. Angebotsaufforderung/Rahmenbedingungen des Vergabeverfahrens

I. Vergaberechtlicher Rahmen

1. Vorbemerkungen

Die Postbeamtenkrankenkasse beabsichtigt, die nachfolgend bezeichnete Leistung „Begutachtungstätigkeiten im Rahmen der Hörgeräteversorgung von Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK)“ zu vergeben. Der Rahmenvertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft und ist zunächst bis zum 31.08.2028 befristet. Leistungen nach diesem Vertrag sind vom Auftragnehmer ab dem 01.09.2026 zu erbringen. Die PBeaKK ist berechtigt, durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer den Rahmenvertrag bis zu zwei Mal um jeweils 1 Jahr zu verlängern.

Weitere Details ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anhang 1**).

Die Vergabe erfolgt im Wege einer öffentlichen Ausschreibung. Mit diesen Vergabeunterlagen wendet sich die Postbeamtenkrankenkasse (i. F. auch PBeaKK, Auftraggeberin oder Vergabestelle genannt) an die Bewerber, die die Vergabeunterlagen abgerufen haben.

2. Auftraggeberin / Kontaktstelle / E-Vergabe-Plattform

Auftraggeberin ist die Postbeamtenkrankenkasse (diese ist zugleich Vergabestelle i. S. der nachfolgenden Vorgaben). Die Auftraggeberin ist unter folgender Kontaktadresse erreichbar:

Postbeamtenkrankenkasse
Frau Hanne Ruf / U2-04
Nauheimer Straße 98
70372 Stuttgart

einkauf@pbeakk.de

Die Erklärung der Postbeamtenkrankenkasse zur Korruptionsprävention können Sie unter folgendem Link einsehen: [Hinweisgebung und Korruptionsprävention | PBeaKK Postbeamtenkrankenkasse](#)

3. E-Vergabe-Plattform

Dieses Vergabeverfahren wird elektronisch in der vollständig webbasierten E-Vergabe-Plattform Deutsches Vergabeportal durchgeführt und ist unter folgender URL im Internet erreichbar: <https://www.dtvp.de/>.

Die Bereitstellung der Vergabeunterlagen erfolgt über diese Plattform. Ebenso wird die Kommunikation mit interessierten Unternehmen und Bietern über diese Plattform abgewickelt (siehe Ziffer A.I.7); zum Einreichen von Fragen sowie zur Angebotsabgabe ist die einmalige, kostenlose Registrierung für Interessenten bzw. Bieter erforderlich. Die Angebotsabgabe ist nur über diese Plattform zulässig (siehe Ziffer A.II.1).

Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabe-Plattform sind für Bieter vollständig kostenfrei.

Die von der Vergabestelle übermittelten Informationen werden entweder direkt in der bzw. über die Oberfläche der E-Vergabe-Plattform bzw. dem virtuellen Projektraum zum Vergabeverfahren (z.B. Bekanntmachungen, Kommunikationsnachrichten) oder innerhalb der Plattform bzw. virtuellen Projekträume als Datei-Downloads bereitgestellt (Vergabeunterlagen oder Anhänge zu Kommunikationsnachrichten). Die verwendeten Dateitypen und Dateiformate werden durch das Vergabeverfahren bzw. die Vergabestelle vorgegeben.

Zur Nutzung der E-Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich standardkonforme HTML- und Javascript-Technologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet.

Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Für die Abgabe elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird innerhalb der E-Vergabeplattform ein kostenfreies Bietertool bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. Die Dateien zur Installation des Bietertools werden im entsprechenden Projektraum des Vergabeverfahrens für das entsprechende Betriebssystem zum Download angeboten. Installationsroutinen stehen für Linux-, Mac-OS- und Windows-Betriebssysteme (64 und 32 Bit) zur Verfügung. I.d.R. sind für die Installation keine administrativen Rechte erforderlich.

Das Bietertool ist zudem ein „Multi-Plattform-Bieter-Client“, sodass mit einer Installation des Bietertools an Vergabeverfahren auf allen E-Vergabeplattformen auf Basis der cosinex Technologie Vergabemarktplatz teilgenommen werden kann.

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte Projektdaten in das Bietertool transportiert. Sie laden die Projektdaten (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabepattform heruntergeladen werden.

Die lokale Installation des Bietertools stellt eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung der elektronischen Angebote und Teilnahmeanträge zwischen dem Computer des Bieters und der Öffnung der Angebote und Teilnahmeanträge auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Für die elektronische Angebotsabgabe sind unterschiedliche Signaturniveaus technisch möglich. Die in diesem Vergabeverfahren zugelassene Form der Angebotsabgabe ist die Textform nach § 126b BGB.

Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird (je nach E-Vergabepattform) mit einem qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert.

Weitere Erläuterungen zur Verschlüsselung Ihrer Angebote:

Die elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCINachrichten (über das OSCIProtokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Nach dem Abschluss der Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote / Teilnahmeanträge vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Der so genannte E-Angebotsservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen gegenüber der Vergabepattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotsservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen zugreifen.

Erst mit Ablauf der entsprechenden Frist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechtigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabepattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

4. Vergaberechtlicher Rahmen

Die Ausschreibung erfolgt unter Beachtung der Vorschriften der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO 2017) als Öffentliche Ausschreibung. Ergänzend gelten die Inhalte der Vergabebekanntmachung sowie die nachstehenden Vergabebedingungen und Erläuterungen.

Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben; sie unterliegt keinem Kontrahierungszwang. Auf § 48 UVgO wird verwiesen.

Wenn im Folgenden von Bietern die Rede ist, sind Bietergemeinschaften ebenfalls gemeint, es sei denn, Unterscheidungen zwischen Bietern und Bietergemeinschaften werden ausdrücklich angesprochen.

Es ist keine Aufteilung in Lose vorgesehen.

5. Vertraulichkeit / Datenschutz

Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die die Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln.

Die von den Bietern erbetenen Angaben (auch solche mit Personenbezug) werden für die Zwecke des Vergabeverfahrens und – im Zuschlagsfall – für die Zwecke der Vertragsdurchführung verarbeitet und gespeichert.

Der Bieter hat alle im Rahmen des Vergabeverfahrens und zum Zwecke der Vertragsdurchführung ihm bekannt gewordenen Daten und Kenntnisse streng vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung ist an etwaige Unterauftragnehmer ungemindert weiterzugeben.

6. Pflichten bei Nichtabgabe eines Angebots

Beabsichtigt der Bieter, auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe hin kein Angebot abzugeben, hat er dies dem Auftraggeber mitzuteilen und die Vergabeunterlagen zu vernichten.

7. Anfragen

Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Gegenstand des Auftrages sind **ausschließlich** über die unter A.I.3 genannte E-Vergabe-Plattform (<https://www.dtv.de/>) an die Auftraggeberin zu richten. Dies gilt auch, wenn die Frage oder der Hinweis zuvor schon in anderer Art und Weise übermittelt wurde. Sie sind in deutscher Sprache zu formulieren. Auskünfte anderer Stellen sind nicht verbindlich. Mündliche Antworten oder Auskünfte werden nicht gegeben; werden sie doch gegeben, sind sie nicht verbindlich.

Auf der Internetseite <https://www.dtv.de/> werden im Kommunikationsbereich unter dieser Ausschreibung Antwortlisten erstellt, die der Bieter ohne Registrierung einsehen kann und die er dort selbständig herunterladen muss. Wir weisen darauf hin, dass der Bieter insoweit verpflichtet ist, sich regelmäßig zu informieren und die entsprechenden Informationen abzurufen. Die Auftraggeberin behält sich vor, Fragen so umzuformulieren, dass die Identität des Fragestellers nicht erkennbar wird. Die interessierten Unternehmen werden jedoch gebeten, bei der Formulierung der Fragen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten allen interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Damit sichergestellt ist, dass erbetene zusätzliche Informationen gegebenenfalls auch den anderen interessierten Unternehmen im Rahmen von Nachinformationen noch rechtzeitig mitgeteilt werden können, sollten **Fragen möglichst spätestens zehn Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** über die E-Vergabe-Plattform bei der unter Ziffer A.I.2 genannten Stelle eingehen.

Auf die Regelungen des § 13 Abs. 4 UVgO wird hingewiesen.

8. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Die Bieter werden gebeten, die Unterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung des Bieters unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots oder die Preisermittlung beeinflussen könnten, so hat der Bieter die Auftraggeberin über den Kommunikationsbereich der E-Vergabe-Plattform unverzüglich, **spätestens jedoch zehn Tage vor Ablauf der Angebotsfrist**, über die E-Vergabe-Plattform darauf hinzuweisen.

9. Eigene Vertragsbedingungen der Bieter

Es gelten die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen, Teil B, (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung. Eigene Vertragsbedingungen (etwa Allgemeine Geschäftsbedingungen) der Bieter werden nicht akzeptiert. Angebote, die abweichende Vertragsbedingungen zugrunde legen, werden ausgeschlossen. Auf das nach § 9 Abs. 2 UVgO bei öffentlichen Ausschreibungen geltende Verhandlungsverbot wird hingewiesen.

10. Preise

Bei der Ermittlung der Preise sind die Bestimmungen der Verordnung PR 30/53 über die Preise bei den öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 in der jeweils gültigen Fassung mit den Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP) anzuwenden. Die Preisbehörden des Bundeslandes, in dem der Auftragnehmer seinen Geschäftssitz hat, sind für die Preisüberwachung zuständig.

II. Anforderungen an die Angebote

1. Form und Inhalt der Angebote

Das Angebot ist **vor Ablauf der Angebotsfrist** (siehe dazu A.II.2) über die E-Vergabe-Plattform <https://www.dtyp.de/> (Bieterbereich, nicht: Kommunikationsbereich) in Textform nach § 126b BGB einzureichen. Auf anderem Weg übermittelte Angebote, insbesondere solche per Telefax, per E-Mail oder per Postweg, sind nicht zulässig. Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

Mit dem Angebot sind die in der Nachweisliste (Anhang 12) aufgeführten Unterlagen in der dort vorgeschriebenen Form vorzulegen. Die Gliederung der Angebote soll der in der Nachweisliste vorgegebenen Gliederung entsprechen.

In den Vergabeunterlagen / Angebotsunterlagen sind Zusätze oder Änderungen sowohl am geschriebenen als auch am gedruckten Wortlaut unzulässig; sie führen ebenfalls zum Ausschluss des Angebots.

2. Angebotsfrist

Die Angebotsfrist endet am **30.06.2026, 12.00 Uhr**. Angebote, die **verspätet** eingehen, werden **ausgeschlossen**, es sei denn, der verspätete Eingang wurde durch Umstände verursacht, die nicht in die Risikosphäre des Bieters fallen.

Der Bieter kann sein Angebot nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist schriftlich berichtigen oder zurückziehen. Nachträgliche Änderungen oder Rücknahmen der Angebote sind als solche zu kennzeichnen und entsprechend Ziffer A.II.1 bei der Vergabestelle einzureichen.

3. Folgen bei Nichtvorlage der geforderten Erklärungen und Nachweise

Die in der Nachweisliste **Anhang 12** geforderten Erklärungen bzw. Nachweise sind innerhalb der Angebotsfrist abzugeben. Jede(r) geforderte, aber nicht oder nicht fristgerecht erbrachte(r) Erklärung oder Nachweis kann zum Ausschluss des Angebots führen. Es wird auf § 41 Abs. 2 UVgO verwiesen. Ob die Auftraggeberin von der Möglichkeit zur Nachforderung nach § 41 Abs. 2 UVgO Gebrauch machen wird, wird nach Ablauf der Angebotsfrist entschieden werden. Ein Anspruch auf Einräumung einer Nachreichungsmöglichkeit besteht nicht.

4. Vergütung für die Bearbeitung der Angebote

Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung oder Kostenerstattung gewährt.

5. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zulässig.

6. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit ihre Bildung durch die jeweiligen Mitglieder im Einzelfall rechtmäßig ist. Sie haben in den Angeboten jeweils sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen. Bietergemeinschaften haben eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu benennen. Sie haben mit dem Angebot eine vollständig ausgefüllte Bietergemeinschaftserklärung (**Anhang 9**) vorzulegen.

Die Bietergemeinschaft muss im Auftragsfall eine Rechtsform annehmen, bei der eine gesamtschuldnerisch Haftung der einzelnen Bietergemeinschaftsmitglieder für die Erfüllung der vertraglichen Pflichten besteht.

Die in der Vergabebekanntmachung und diesen Bewerbungsbedingungen geforderten Eignungsnachweise, insbesondere die Mindestanforderungen, müssen insgesamt für die Bietergemeinschaft vorliegen, soweit nicht ausdrücklich angegeben ist, dass sie von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen sind.

Es gilt das Gebot des Geheimwettbewerbs. Mitglieder einer Bietergemeinschaft können, wenn sie als solche ein Angebot abgegeben haben, daher nur dann zugleich auch als Einzelbieter oder als Mitglied einer anderen Bietergemeinschaft an der Ausschreibung teilnehmen (und umgekehrt), wenn sie mit dem Angebot jeweils nachweisen, „dass ihre Angebote jeweils völlig unabhängig voneinander formuliert worden sind und folglich eine Gefahr einer Beeinflussung des [Geheim-]Wettbewerbs unter Bietern nicht besteht“ (EuGH, Urt. v. 23.12.2009 – Rs. C 376/08). Wird dieser Nachweis nicht zur Überzeugung der Auftraggeberin erbracht, sind alle betroffenen Angebote auszuschließen. Verbundene Unternehmen werden gebeten, insbesondere die Beschlüsse des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 13. April 2011, VII-Verg 4/11, und vom 11. Mai 2011, VII-Verg 1/11 zu beachten.

Klarstellend ist darauf hinzuweisen, dass das Gebot des Geheimwettbewerbs selbstverständlich generell gilt, also nicht nur im Zusammenhang mit Doppelbewerbungen als Bieter und Bietergemeinschaftsmitglied oder im Zusammenhang mit verbundenen Unternehmen.

7. Unterauftragnehmerleistungen / Eignungsleihe

7.1 Eignungsleihe

Bieter und Bietergemeinschaften können im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn sie jeweils nachweisen, dass ihnen die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (§ 34 Abs. 1 Satz 1 UVgO; Eignungsleihe). Eignungsverleiher sind im Unterauftragnehmerverzeichnis/Drittunternehmerverzeichnis (**Anhang 4**) als **Drittunternehmer** einzutragen (**Anhang 4, Teil I**); dieses Formblatt ist mit dem Angebot vorzulegen. Der Bieter hat dem Auftraggeber mit dem Angebot nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel bei der Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen, indem er

- erstens eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen (**Anhang 5**) mit dem Angebot vorlegt (vgl. § 34 Abs. 1 Satz 1 UVgO); und
- zweitens eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (**Anhang 8**) dieses Unternehmens mit dem Angebot vorlegt.

Ferner sind mit dem Angebot die in **Anhang 7** genannten Nachweise insoweit durch das Drittunternehmen zu erbringen, wie sie für die Leistung des Unternehmens, auf dessen Kapazitäten sich der Bieter beruft, relevant sind/auf die vom Drittunternehmen zu übernehmende Leistung anwendbar sind. Der Einstufung als Eignungsleihe steht es nicht entgegen, wenn das Drittunternehmen ein mit dem Bieter/der Bietergemeinschaft bzw. einem Mitglied der Bietergemeinschaft verbundenes Unternehmen im Sinne des Konzernrechts ist („andere Unternehmen“ im Sinne von § 138 Abs. 2 GWB).

WICHTIG: Ein Bieter kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Referenzen etc.) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese anderen Unternehmen später die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 34 Abs. 1 Satz 3 UVgO). Dass das Drittunternehmen diese Leistungserbringung übernimmt, muss aus den Eintragungen im Unterauftragnehmerverzeichnis/Drittunternehmerverzeichnis und aus der Verpflichtungserklärung deutlich werden.

Der spätere Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die sich aus den Vergabeunterlagen ergebenden Verpflichtungen auch von Eignungsverleihern eingehalten werden, sofern sie in die spätere Leistungserbringung/Auftragsdurchführung einbe-

zogen werden. Bei der Einschaltung von Eignungsverleihern in die Vertragsdurchführung haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags (Generalunternehmerschaft).

7.2 Nachunternehmer

Der Einsatz von Nachunternehmern (bzw. „Unterauftragnehmern“, beide Begriffe sind in den Vergabe- und Vertragsunterlagen synonym zu verstehen) ist zulässig. Nachunternehmer in diesem Sinne ist, wer nicht schon im Rahmen der Eignungsleihe als Drittunternehmen (siehe oben) von einem Bieter bzw. einer Bietergemeinschaft einbezogen worden ist, wesentliche Teilleistungen hinsichtlich des Auftragsgegenstandes erbringt und nicht lediglich als Lieferant oder Hilfskraft einzustufen ist. Die Wesentlichkeit der Teilleistung ist nicht zwangsläufig vom prozentualen Anteil an der Gesamtleistung abhängig.

Nachunternehmer sind – sofern bei der Abgabe des Angebots schon bekannt – im Unterauftragnehmerverzeichnis/Drittunternehmerverzeichnis (**Anhang 4, Teil II**) als Unterauftragnehmer einzutragen. Sofern eine namentliche Benennung von Unterauftragnehmern bei Angebotsabgabe noch nicht möglich ist, ist in diesem Verzeichnis mit dem Angebot zumindest anzugeben, für welche Leistungsbereiche/-teile der Einsatz von Unterauftragnehmern vorgesehen ist (anzugeben in den Feldern „Beschreibung des Teilleistungsbereichs des Unterauftragnehmers“).

Der Nachunternehmereinsatz und -wechsel bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers, der diese nur aus sachlich gerechtfertigten Gründen verweigern darf. Für vor Zuschlagserteilung mitgeteilte Nachunternehmer gilt die Zustimmung des Auftraggebers zum Einsatz der Nachunternehmer mit dem Zuschlag als erteilt.

Es wird auf § 26 Abs. 1 Satz 2 UVgO hingewiesen, wonach der öffentliche Auftraggeber von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, vor Zuschlagserteilung verlangen kann, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Die Bieter müssen daher, wenn sie die Unterauftragnehmer nicht bereits im Angebot benennen und deren Verfügbarkeit durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung gemäß **Anhang 5** (Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer) nachweisen, damit rechnen, dass sie diese Angaben / Unterlagen jedenfalls für Nachunternehmer der ersten Reihe vor Zuschlagserteilung kurzfristig nachreichen müssen. Von dem bzw. der für den Zuschlag vorgesehenen Bieter bzw. Bietergemeinschaft fordert der Auftraggeber dann ein vollständig ausgefülltes Unterauftragnehmerverzeichnis/Drittunternehmerverzeichnis (**Anhang 4**) und auch für Nachunternehmer entsprechende

Verpflichtungserklärungen (**Anhang 5**) sowie die Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit (**Anhang 8**).

Die entsprechenden Verpflichtungserklärungen (**Anhang 5**) für bloße Nachunternehmer sowie die Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit (**Anhang 8**) der Nachunternehmer können bereits mit dem Angebot eingereicht werden, müssen jedoch spätestens auf Anforderung des Auftraggebers vorgelegt werden.

Der spätere Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die sich aus den Vergabeunterlagen ergebenden Verpflichtungen auch von seinen Nachunternehmern eingehalten werden. Der spätere Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass auch die Nachunternehmer der zweiten und folgenden Reihe(n) von ihrem jeweiligen Auftraggeber zur Einhaltung der vom Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber im Zuschlagsfall übernommenen Verpflichtungen weiterverpflichtet werden. Bei der Einschaltung von Nachunternehmern in die Vertragsdurchführung haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags (Generalunternehmerschaft).

Der Einstufung eines Unternehmens als Nachunternehmer steht es nicht entgegen, wenn das Unternehmen ein mit dem Bieter bzw. der Bietergemeinschaft bzw. einem Mitglied der Bietergemeinschaft verbundenes Unternehmen im Sinne des Konzernrechts ist („andere Unternehmen“ im Sinne von § 138 Abs. 2 GWB).

8. Binde- und Zuschlagsfrist

Die Binde- und Zuschlagsfrist endet am **31.08.2026**.

III. Angebotswertung und Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung aller Kriterien wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend. Weitere Informationen enthält **Anhang 10**, Zuschlagskriterien.

B. Leistungsbeschreibung

I. Gegenstand und Umfang der Leistungen

1. Auftraggeber

Die Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK) mit Sitz in Stuttgart ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie versichert ca. 336.000 Personen, für die sie für die Krankenversicherungs- und Beihilfeleistungen sowie Leistungen der privaten Pflegeversicherung erbringt.

Nähere Informationen über die Postbeamtenkrankenkasse ergeben sich u. a. aus der Satzung und dem Geschäftsbericht, die unter www.pbeakk.de einzusehen sind.

2. Gegenstand des Auftrags

Gegenstand und Umfang der geforderten Leistungen ergeben sich aus der als **Anhang 1** beigefügten Leistungsbeschreibung sowie dem als **Anhang 11** beigefügten Vertrag.

Anhänge

Anhang 1	Leistungsbeschreibung
Anhang 1A	Statistik
Anhang 2	Preisblatt
Anhang 3	Datenschutzvereinbarung
Anhang 4	Unterauftragnehmer-/Drittunternehmerverzeichnis
Anhang 5	Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
Anhang 6	Angebotsformular
Anhang 7	Eignungskriterien
Anhang 7A:	Umsatzblatt / Beschäftigtenzahl
Anhang 7B:	Eigenerklärung Referenzblatt
Anhang 8	Eigenerklärung Zuverlässigkeit
Anhang 9	Bietergemeinschaftserklärung

Anhang 10	Bewertungs-/Zuschlagskriterien
Anhang 11	Vertrag
Anhang 12	Nachweisliste / Angebotsgliederung